

Antragsteller: AfD Fraktion

Datum: 09.08.2025

Gremium: Kreistag / Harzkreis

Betreff: Effiziente, bürgernahe und technologieoffene Klimapolitik statt ideologischer Symbolmaßnahmen

Antrag

Der Kreistag möge beschließen:

1. Überprüfung aller bestehenden und geplanten kommunalen Klimaschutzmaßnahmen auf ihre Wirtschaftlichkeit, Wirksamkeit und Zielerreichung.
 2. Einführung eines Maßnahmen-Moratoriums:
Bis zur Vorlage einer vollständigen Kosten-Nutzen-Analyse werden keine weiteren Klimaschutzprojekte (z. B. Konzepterstellung, neue Stellen, Förderanträge) begonnen oder beschlossen.
 3. Verpflichtende Offenlegung aller laufenden Klimaschutzprojekte, insbesondere:
 - Projekthalt
 - Kosten (inkl. Eigenanteil)
 - Förderquellen
 - erwarteter Nutzen (z. B. CO₂-Einsparung, Energieeinsparung)
 - begünstigte Dritte (Beratungsfirmen, Partnerorganisationen etc.)
 4. Stärkung der Bürgerbeteiligung:
Einbindung von Eigentümern, Handwerk, Mittelstand und Landwirtschaft in die Entwicklung realitätsnaher, freiwilliger Maßnahmen. Keine Umsetzung ohne vorherige öffentliche Anhörung.
 5. Technologieoffenheit und Freiwilligkeit verankern:
Bei zukünftigen Klimaschutzmaßnahmen ist ausdrücklich sicherzustellen, dass:
 - keine Zwangsmaßnahmen oder Nutzungsbeschränkungen für Privateigentum eingeführt werden,
 - Alternativen zu staatlich bevorzugten Technologien gleichberechtigt geprüft werden (z. B. synthetische Kraftstoffe, Holzheizungen, KWK-Systeme).
-

Begründung

Die kommunale Klimapolitik der vergangenen Jahre war stark geprägt von übergeordneten Zielvorgaben („Klimaneutralität 2045“), umfangreicher Konzeptarbeit und Fördermittel-Logik. Dabei wurde selten überprüft, ob die Maßnahmen tatsächlich wirksam, bezahlbar und nachhaltig sind.

Statt ideologischer Symbolpolitik braucht es eine faktenbasierte, wirtschaftlich tragfähige und technologieoffene Herangehensweise. In Zeiten begrenzter Haushaltsmittel und wachsender Belastung der Bürger müssen kommunale Ausgaben streng priorisiert werden. Der zunehmende Verlust an Akzeptanz in der Bevölkerung zeigt: Klimaschutz ohne Bürger, gegen Eigentümer und über Köpfe hinweg wird scheitern.

Dieser Antrag soll sicherstellen, dass künftige Entscheidungen im Klimabereich nicht auf Druck, sondern auf Vernunft, Transparenz und Respekt vor der Freiheit der Bürger basieren.

Hinweis zur rechtlichen Umsetzbarkeit:

Die Gemeindeordnung erlaubt dem Rat, Ausgaben zu priorisieren, Projekte auf ihre Wirtschaftlichkeit zu prüfen und bei eigenem Ermessen freiwillige Maßnahmen zu beenden oder auszusetzen. Dieser Antrag bewegt sich im Rahmen kommunaler Selbstverwaltung und ist haushaltsrechtlich zulässig.

Unterschriften: